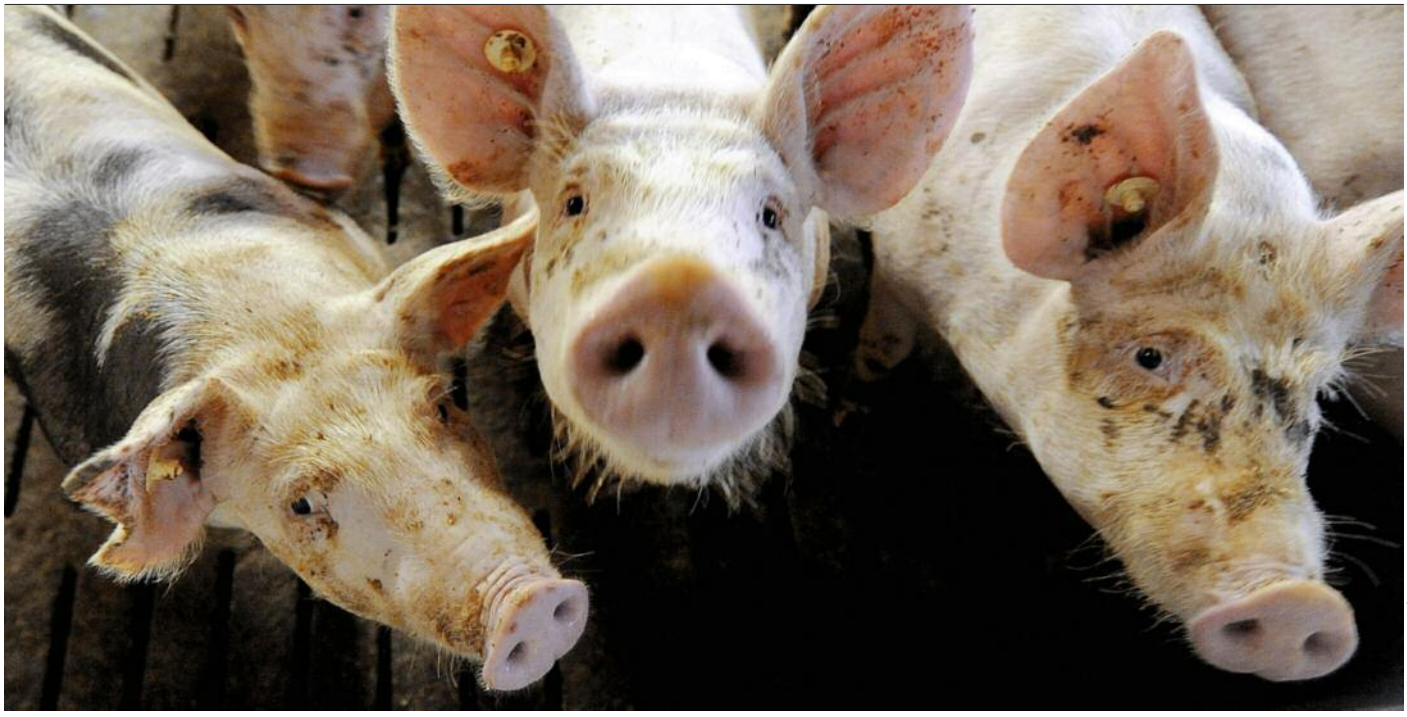

CARSTEN REHDER / DPA

TIERHALTUNG

Antibiotika im Fleisch

Die Bundesregierung unternimmt zu wenig gegen den massenhaften Einsatz von Antibiotika in der Tierhaltung. Das geht aus einer Studie der Grünen im Europäischen Parlament hervor. Zwar hat der Bundestag im Februar eine Änderung des Arzneimittelgesetzes angestoßen. Diese sieht aber weder ein eindeutiges Ziel noch eine verpflichtende zentrale Datenbank vor. Damit sei „noch immer unklar, ob es in Deutschland in den nächsten Jahren eine effektive Antibiotikapolitik geben wird“, so das Fazit der Studie. Vor allem in der konventionellen Tierhaltung werden flächendeckend Antibiotika eingesetzt, geschätzt mehr als doppelt so viele, wie den Bundesbürgern als Arzneien verschrieben wurden. Die Medikamente im Fleisch nehmen die Konsumenten über die Nahrung mit auf. Deshalb haben sich Bakterien gebildet, die selbst gegen wichtige Antibiotika resistent sind, so dass die Mittel im Ernstfall nicht mehr helfen. Die Europäische Arzneimittelbehörde schätzt, dass dadurch mindestens 25 000 Menschen pro Jahr sterben. Die Studie zeigt, dass Länder wie die Niederlande und Dänemark dank klarer gesetzlicher Auflagen den Antibiotikaeinsatz in den vergangenen Jahren um bis zu 50 Prozent reduziert haben. „Die deutsche Regierung weigert sich allerdings, ein verpflichtendes Melderegister und ein klares Senkungsziel vorzugeben“, sagt Martin Häusling, Europa-Abgeordneter der Grünen. Gemeinsam mit dem Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland fordert Häusling eine Halbierung des Pharma-Einsatzes binnen fünf Jahren, eine europaweit gültige Strategie sowie eine Änderung der Tierhaltungsbedingungen.

FAMILIENPOLITIK

Schöngeredet

Bundesfamilienministerin Kristina Schröder (CDU) brüskiert Autoren einer Studie zur Familienpolitik. Am vorigen Donnerstag stellte Schröder Ergebnisse der von ihrem Ministerium in Auftrag gegebenen „Gesamtevaluation der ehe- und familienpolitischen Leistungen“ vor und präsentierte die 156 untersuchten Instrumente als Erfolge. Dieser Interpretation widersprechen Forscher, die an dem Projekt beteiligt waren. „Es gibt offensichtlich Schlussfolgerungen, die die Politik nicht sehen will“, sagt Volkswirt Reinhold Schnabel von der Universität Duisburg-Essen. Die Untersuchung habe ergeben, dass einige Leistungen abgeschafft werden könnten. Katharina Spieß vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung in Berlin wundert sich, dass keiner der beteiligten Wissenschaftler zur Vorstellung der Untersuchung eingeladen war. Diese habe ergeben, dass die Maßnahmen für die verschiedenen Familientypen unterschiedlich wirksam seien – man könne nicht pauschal vom Erfolg der Familienpolitik sprechen. Auch Helmut Rainer vom Münchner Ifo-Institut kann die Beurteilung des Ministeriums mit seinen Forschungsergebnissen „überhaupt nicht in Einklang bringen“. Die Maßnahmen seien nicht aufeinander abgestimmt. Die von Schröder angekündigte Erhöhung des Kindergeldes halte er für falsch. Die Studie habe gezeigt, dass solche Geldleistungen weder zur Vermeidung von Armut noch zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf beitrügen (SPIEGEL 6/2013). Schröder hatte betont, sie kenne „keine seriöse Studie“, die zeige, dass die Geburtenrate mit familienpolitischen Mitteln beeinflussbar sei. Ifo-Forscher Rainer zeigt sich davon überrascht. Die Geburtenrate habe sich – wie die vom Ministerium in Auftrag gegebene Evaluation zeige – dort positiver entwickelt, wo die öffentlich geförderte Kinderbetreuung schneller ausgebaut worden sei.

GONÇALO SILVA / DEMOTIX

Schröder

JUGENDHEIME

Ministerium lässt Todesfälle prüfen

Die Potsdamer Landesregierung will die Todesumstände zweier Jugendlicher untersuchen lassen, die in Einrichtungen eines privaten Heimbetreibers in Brandenburg ums Leben kamen. Die Berliner „tageszeitung“ hatte über angebliche gravierende Missstände in Kinder- und Jugendheimen der Haasenburg GmbH berichtet: Bis vor wenigen Jahren seien Minderjährige misshandelt worden, etwa durch gewaltsames Festschnallen auf sogenannten Fixierliegen. In dieser Woche will das Brandenburger Bildungsministerium eine unabhängige Expertenkommission einsetzen, die den Vorwürfen nachgehen soll. Dabei sollen auch die beiden Todesfälle untersucht werden. Im Juni 2005 war im Jugendheim Neuendorf eine 15-jährige Insassin erhängt an einer Schranktür aufgefunden worden. Drei Jahre später, im Mai 2008, starb im Kinderheim Jessern ein 16-jähriges Mädchen nach einem Sturz aus dem Dachgeschoss. In beiden Fällen ermittelte die Staatsanwaltschaft und konnte „keine Anhaltspunkte für ein Fremdverschulden oder Pflichtverletzungen durch Erzieher“ feststellen. Im ersten Fall gingen die Ermittler von einem Suizid aus, da ein Abschiedsbrief gefunden wurde; im zweiten Fall habe das Mädchen unter Aufsicht das Fenster ihres Zimmers im dritten Stock putzen sollen, sei dabei unvermittelt hinausgesprungen und auf der Dachschräge abgerutscht. Ein

PATRICK PLEUL / DPA

Haasenburg-Heim in Jessern

Sprecher der Haasenburg GmbH bedauerte die „tragischen Fälle“ und betonte, dass man keine Hinweise auf ein Fehlverhalten des Erziehungspersonals gefunden habe. Der Heimbetreiber, der die Vorwürfe der „tageszeitung“ zurückwies, begrüße die Aufarbeitung durch die Kommission.

SASCHA STEINBACH / BONGARTS / GETTY IMAGES

Public Viewing des Champions-League-Endspiels am 25. Mai in Dortmund

TERRORISMUS

Verdächtiger verhaftet

Wenige Tage vor dem Besuch von US-Präsident Barack Obama in Deutschland hat die Berliner Polizei einen Tschetschenen festgenommen. Der russische Inlandsgeheimdienst FSB hatte vor dem Mann gewarnt und das Bundeskriminalamt (BKA) kurz vor dem Champions-League-Finale zwischen Borussia Dortmund und dem FC Bayern München über abgehörte Telefongespräche zwischen Mitgliedern der islamistischen Terrororganisation „Kaukasisches Emirat“ unterrichtet. Darin soll der 19-jährige Asylbewerber, der in Berlin-Kreuzberg lebt, „eine Operation in Europa“ angekündigt haben. Nach einer Terrorwarnung von BKA-Chef Jörg Ziercke an die Innenminister der Bundesländer wurden die Sicherheitsvorkehrungen bei Public Viewings des Endspiels verstärkt. Ein Observationsteam überwachte den Tschetschenen. Am 13. Juni, fünf Tage vor Obamas Berlin-Besuch, durchsuchte die Polizei seine Unterkunft und nahm ihn fest. Die Ermittler stellten neben mehreren Handys und zwei Laptops umfangreiches Diebesgut sicher. Hinweise auf einen geplanten Anschlag fanden sie nicht. Die Berliner Staatsanwaltschaft ermittelt nun wegen des Verdachts des „schweren Bandendiebstahls“ gegen den Tschetschenen und drei weitere Männer.

BAYERN

Vorwürfe gegen Stamm

Die bayerische Landtagspräsidentin Barbara Stamm (CSU) hat nach Ansicht des Speyrer Staatsrechtlers Hans Herbert von Arnim in den vergangenen Monaten mehrmals versucht, „die Öffentlichkeit in die Irre zu führen“. So habe die Politikerin zwei Urteile falsch wiedergeben lassen: Die Darstellung, der Bundesfinanzhof habe die in Bayern praktizierte pauschale Erstattung von Aufwendungen der Abgeordneten „für zulässig erklärt“, sei ebenso falsch wie die, auch das Bundesverfassungsgericht habe diese Praxis als rechtmäßig bestätigt. In der erweiterten Neuauflage seines Buchs über die üppige Versorgung der Abgeordneten und Fraktionen im Bayerischen Landtag weist der Parteienkritiker darauf hin, dass beide Gerichte „ausdrücklich offengelassen“ hätten, ob und inwieweit eine steuerfreie Kostenpauschale verfassungsrechtlichen Anforderungen genügt*.
In der Debatte um die Beschäftigung von engsten Verwandten durch bayerische Abgeordnete hält der Professor die Altverträge, die im Jahr 2000 und gegen Ende des Jahres 1999 geschlossen wurden, für rechtswidrig. Eine entsprechende Übergangsregelung habe dem „Vertrauensschutz“ dienen sollen. Wer „in Erwartung des drohenden Verbots“ noch schnell solche Arbeitsverhältnisse begründet habe, könne diesen Schutz aber „gerade nicht für sich in Anspruch nehmen“.

* Hans Herbert von Arnim: „Die Selbstbediener“. Wilhelm Heyne Verlag, München; 320 Seiten; 12,99 Euro.

BILDUNG

„Schutz vor Parallelgesellschaften“

Der baden-württembergische Kultusminister Andreas Stoch, 43 (SPD), will Türkisch als dritte Fremdsprache an Gymnasien einführen.

Stoch

BERND WEISSBROD / PICTURE ALLIANCE / DPA

SPIEGEL: Gibt es überhaupt Interesse an Türkischunterricht – oder ist der Modellversuch nur Multikulti-PR?
Stoch: Er ist für uns auch ein integrationspolitisches Signal: ein Zeichen der Wertschätzung gegenüber einer Sprache, die für viele Menschen in Baden-Württemberg die Muttersprache ist. Aber natürlich reagieren wir damit auch auf eine gestiegene Nachfrage, gerade von Gymnasiasten mit Migrationshintergrund in Ballungszentren wie Mannheim oder Stuttgart.
SPIEGEL: Nach wie vor schaffen es zu wenige Kinder aus türkischen Familien aufs Gymnasium. Viele sprechen schlecht Deutsch. Wäre es nicht wichtiger, die Deutschkenntnisse zu fördern?
Stoch: Das eine schließt das andere ja nicht aus. Das Angebot soll auch ein Anreiz sein, die Gymnasien attraktiver zu machen für Kinder aus Migrantenfamilien. Und grundsätzlich steht dieses Wahlfach allen Kindern offen, unabhängig vom Elternhaus. Jetzt müssen wir aber erst einmal einen Bildungsplan ausarbeiten, die Lehrer ausbilden und Erfahrungen sammeln.
SPIEGEL: Kritiker warnen vor einer Förderung von Parallelgesellschaften.
Stoch: Wer so argumentiert, ist nur darauf aus, Ängste zu schüren. Mehrsprachigkeit ist doch der beste Schutz vor Parallelgesellschaften. Je besser wir einander verstehen, im ganz wörtlichen Sinne, desto weniger Intoleranz gibt es.

EĞİTİM

“Paralel toplumlardan korunma“

Baden-Württemberg Eğitim Bakanı Andreas Stoch, 43 (SPD), Türkçeyi liselerde üçüncü yabancı dil olarak müfredata almak istiyor.

SPIEGEL: Türkçe dersine gerçekten ilgi var mı – yoksa bu pilot çalışma sadece çok kültürlülük kapsamındaki halkla ilişkiler etkinliğinin bir parçası mı?
Stoch: Bu çalışma bizim entegrasyon politikamızın bir göstergesidir: Baden-Württemberg’de yaşayan çok sayıdaki kişinin ana diline verilen değerin göstergesi. Kuşkusuz bu çalışmamızla Mannheim ve Stuttgart gibi metropollerdeki göçmen kökenli lise öğrencilerinin gittikçe artan taleplerini de karşılamayı amaçlıyoruz.
SPIEGEL: Geçmişte de olduğu gibi Türk ailelerinden çok az çocuk liseye girebilmeyi başarıyor. Çoğunun Almancası yetersiz. Almanca bilgilerinin teşvik edilmesi daha anlamlı olmaz mıydı?
Stoch: Bir gerçeklik diğer bir gerçekliği ortadan kaldırmaz. Türkçenin yabancı dil olarak müfredata alınmasının amacı, göçmen kökenli ailelerin çocukları için liseleri daha çekici kılmaktır. Ve prensip olarak bu seçmeli ders baba evinden bağımsız olarak bütün çocuklara açıktır. Ama bu aşamada öncelikle öğretmenleri eğitecek ve deneyim kazandıracak bir müfredat oluşturmak zorundayız.
SPIEGEL: Amacınızı eleştirenler paralel toplumların oluşumunun teşvik edileceği yönünde uyarıda bulunuyorlar.
Stoch: Bu iddiayı ileri sürenler sadece korku ve endişe yaratıyor. Çok dillilik paralel toplumlara karşı en iyi korunmadır. İnsanlar birbirlerini kelimenin gerçek anlamında ne kadar iyi anlarlarsa hoşgörüsüzlük de o ölçüde azalır.

Türkischunterricht in einer Grundschule in Berlin

Berlin 'de bir ilkokulda Türkçe dersi

SCHUERMANN / DAPD / DDP IMAGES

Plakatentwürfe der Grünen

GRÜNE

„SPD muss liefern“

Nach dem miserablen Wahlkampfstart der SPD geht die Geduld der Grünen mit ihrem bevorzugten Koalitionspartner zur Neige. Die Grünen strebten weiterhin an, sechs Millionen Wähler zu gewinnen, Schwarz-Gelb abzulösen und eine Koalition mit der SPD zu bilden, sagt Wahlkampfleiterin Steffi Lemke. Davon lasse sich die Partei „auch durch Tollpatschigkeiten der SPD nicht abbringen“. Es sei aber klar: „Irgendwann muss auch die SPD liefern.“ In dieser Woche starten die Grünen eine provokative Plakataktion. Kanzlerin Merkel (CDU) und ihre Minister werden in unvorteilhaften Posen abgebildet; inhaltlich attackieren die Grünen unter anderem die Rüstungs- und die Klimapolitik der Koalition.

WIRTSCHAFTSRAT

Seltsame Bilanz

Die Führung des Wirtschaftsrats der CDU hat offenbar eine fehlerhafte Jahresrechnung für das Geschäftsjahr 2012 vorgelegt. Demnach haben Spitzenfunktionäre des Vereins finanzielle Risiken systematisch kleingerechnet. Das dürfte auf der Bundesdelegiertenversammlung in dieser Woche für Ärger sorgen: Der Verein – dessen Führungsgremien Unternehmer wie der Keksfabrikant Werner M. Bahlsen und prominente Politiker wie Norbert Röttgen angehören – versteht sich als Garant wirtschaftlichen Sachverstands in der CDU. Im Frühjahr 2012 hatte der Wirtschaftsrat die Geschäftsbeziehung mit einem Marketingunternehmen fristlos gekündigt. Die Firma forderte daraufhin rund drei Millionen Euro Entschädigung und reichte für einen Teilbetrag Klage ein. Sollte sie ihre Forderungen durchsetzen können, wäre ein Großteil des Vereinsvermögens gefährdet. Dieses beträgt laut einem internen Papier „Stand 31.12.2012: 3 821 000 Euro“. Der Wirtschaftsrat hat jedoch nur Rückstellungen in Höhe von 296 000 Euro für den Streit mit der Firma gebildet – obwohl seine Anwälte Vertretern des früheren Geschäftspartners im Rahmen eines Vergleichs bereits knapp eine Million Euro angeboten haben. Für Thomas Raabe, Sprecher des Wirtschaftsrats, hat dennoch alles seine Ordnung: „Sie können sicher sein: Wir bilanzieren nach den Regeln des sorgfältigen Kaufmanns.“

ENTWICKLUNGSHILFE

Mexiko statt Rapport

Zwischen dem Entwicklungsministerium von Dirk Niebel (FDP) und dem Aufsichtsrat der nachgeordneten Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) ist ein offener Konflikt ausgebrochen. Ausgelöst wurde er durch den von Niebel berufenen GIZ-Vorstand Tom Pätz, der ebenfalls der FDP angehört. In der GIZ-Aufsichtsratssitzung am vorigen Freitag sollte Pätz zu Vorhaltungen gegen ihn befragt werden. Ihm werden überteuerte Flüge, luxuriöse Übernachtungen und üppige Bewirtungen vorgeworfen; auch über seine Personalführung gibt es Beschwerden. Doch Pätz erschien nicht zum Rapport. Niebel hatte die „nachhaltige Bitte“ ausgesprochen, Pätz möge ihn auf einer Dienstreise nach Mexiko begleiten. GIZ-Vorstandschefin Tanja Gönner (CDU) berichtete in der Sitzung, sie habe Pätz geraten, nicht nach Mexiko zu fliegen. Einen Antrag auf die sofortige Beurlaubung von Pätz bis zu einer Sondersitzung am 9. August, auf der die Vorwürfe geklärt werden sollen, lehnte GIZ-Aufsichtsratschef Hans-Jürgen Beerfeltz ab. Der Staatssekretär im Entwicklungsministerium ist ein Vertrauter Niebels.